

Der Traum von einer «Neuen Weltfinanzordnung»



Von **Nationalrat Hans Kaufmann**
Wirtschaftsberater, Wettswil

Die Staatseingriffe in die Finanzmärkte haben ein schwindelerregendes Ausmass erreicht, und noch immer scheint die globale Kreditkrise nicht unter Kontrolle. Die Ohnmacht vieler Politiker gipfelte im Oktober 2008 im Ruf nach einer neuen Weltfinanzordnung, einer «New Global Order». Vor allem EU-Politiker möchten die 60jährige Dominanz der USA und des US-Dollars im weltweiten Finanzsystem brechen, weil der von den USA propagierte freie Kapitalismus für die Weltfinanzkrise verantwortlich sei. Deshalb soll künftig im Finanzwesen wieder das Primat der Politik gelten, und die Macht der Bankmanager soll beschnitten werden. Man träumt von einem «Bretton Woods des 21. Jahrhunderts», ohne allerdings Vorstellungen darüber zu haben, wie eine solche neue Weltfinanzordnung aussehen soll.

1944 trafen sich 740 Delegierte aus 44 Ländern zur «United Nations Monetary and Financial Conference» in Bretton Woods. Ziel des Kongresses

war es, eine Wiederholung der Grossen Depression zu verhindern und den Aufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zu erleichtern. Die Konferenz beanspruchte mehrere Jahre Vorbereitung. Nach drei Wochen einigten sich die Delegierten auf eine Anzahl Prinzipien, die als Fundament für die Handelsbeziehungen unter den wichtigsten Industrienationen und für das Finanzsystem dienen sollten. Die teilnehmenden Länder beschlossen damals, ihre Währungen an den US-Dollar zu binden. Der Dollar wiederum wurde an das Gold gekoppelt, und zwar zu einem Preis von 35 US\$ pro Unze. Die Konferenz führte im

weiteren zur Gründung der Weltbank, des GATT und des IWF. Das Bretton-Woods-System überlebte bis 1971, als US-Präsident Richard Nixon die Goldbindung des US-Dollars abschaffte.

Untaugliche Vorschläge

Was ist von einer neuen globalen Finanzordnung zu halten? Eine Rückkehr zur Goldbindung von Währungen dürfte kaum zur Diskussion stehen, denn sie würde die Kreditvergabe, insbesondere aber Liquiditätsspritzen der Notenbanken in Krisenzeiten, stark einengen. Die bisherigen Vorschläge seitens der Politik erscheinen als Grundlage einer «New Global Order» weitgehend untauglich. So schlägt der EU-Vorsitzende Sarkozy vor, dass kein staatlich gestütztes Finanzinstitut mehr mit Banken in Steuerparadiesen geschäften dürfe. Damit würden die grossen Geschäftsbanken in Europa, von denen mehrere teilverstaatlicht wurden, vom Zustrom von Treuhandgeldern in dreistelliger Milliardenhöhe abgeschnitten, und der Zahlungsverkehr würde massiv gestört. Sarkozy will auch die Gehälter der Manager zur Diskussion stellen. Auch diese Forde-

rung hat mit der Stabilisierung des weltweiten Finanzsystems wenig zu tun. In Deutschland haben mehrere staatseigene Banken Milliardenverluste erlitten, und selbst in der Schweiz mussten Kantonalbanken schon auf die Hilfe der Steuerzahler zurückgreifen. In beiden Fällen dürften nicht die Bonuszahlungen der Grund für die Verluste gewesen sein, sondern politische Seilschaften und fragwürdige regionalpolitische Leistungsaufträge.

Vom Traum zum Alptraum

Keine finanzielle Institution, inklusive Hedge Funds und Private-Equity-Gesellschaften, soll der Regulierung entzweigen können. Die Ratingagenturen sollen in ihrer Bedeutung für die Kreditmärkte beschnitten werden. Der britische Premier Gordon Brown will zur Überwachung der grössten 30 Banken ein College der Finanzmarkt-aufsichten schaffen. Um diese Massnahmen durchzusetzen, braucht es keine neue globale Finanzmarktordnung. Hingegen sollten die Folgen für Basel II bedacht werden, basiert doch die Berechnung des notwendigen risikogewichteten Eigenkapitals weitgehend auf solchen Bonitätsgutachten. Wie will denn der Staat die Risiken überwachen, wenn die Ratingagenturen ihre Aktivitäten aus Haftungsgründen einschränken?

Für Europa seien die grossen Außenhandelsdefizite der USA nicht mehr akzeptabel, denn diese hätten zu unerwünscht hohen Kapitalüberschüssen in den Exportländern geführt. Die EU war 2007 mit 355 Mrd. US\$ der grösste Exporteur in die USA, und der Handelsüberschuss stellte sich auf 107 Mrd. US\$. Sollten diese Ungleichgewichte abgebaut werden, dann würde Europa davon schwer betroffen. Da bleibt nur zu hoffen, dass ein derart unfundierter Traum von einer neuen Weltfinanzordnung nicht zu einem Alptraum ausartet.

www.kaufmann-research.ch •